



Unser Hessen. Gerecht und stark.

Neustart für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit, gute Bildungschancen, eine erfolgreiche Energiewende sowie handlungsfähige Städte und Gemeinden

Beschluss der SPD Landtagsfraktion vom 01. November 2011

1. Unser Hessen. Gerecht und stark.

Die SPD-Landtagsfraktion stellt im Rahmen des Haushalts 2012 die Möglichkeiten einer anderen Politik für Hessen dar. Dabei müssen wir die von der Landesregierung vorgetragenen Annahmen über die Rahmenbedingungen der Haushaltsaufstellung so weit hinnehmen, als mit der neuen Haushaltssystematik Haushaltsklarheit und –wahrheit abgenommen haben. Die Mittelflüsse und –höhen sind intransparenter als je zuvor. Die permanenten Umschichtungen im Rahmen bestehender und neuer Produkte dienen im Kern der Verschleierung der Finanzbewegungen. Aus der Opposition heraus können daher nur Eckpunkte skizziert werden.

Mit einer Regierungsübernahme im Jahr 2014 durch eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird daher in einem ersten Schritt ein ehrlicher Kassensturz des Landeshaushalts vorgenommen werden müssen. Ohne eine ordentliche Bilanz wird die wahre Haushaltslage des Landes nicht erkennbar.

Mit den Änderungsanträgen für den Haushaltsentwurf 2012 macht die sozialdemokratische Fraktion im Hessischen Landtag deutlich, dass die SPD Garant für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, eine zukunftsfähige Energiewende, ein liberales Hessen und starke Städte und Gemeinden ist.

Mit unseren Alternativen machen wir deutlich, dass die Umsetzung notwendiger Politikziele und ein verfassungsgemäßer Haushalt 2012 kein Widerspruch, sondern zeitgleich möglich sind.

Mit unseren Vorstellungen geben wir Antworten auf die zentralen Fragen der Landespolitik:

- Die SPD nimmt die hessische Verfassung ernst. Wir wollen die enge verfassungsrechtliche Grenze für die Nettoneuverschuldung – im Sinne der jahrzehntelangen hessischen Staatspraxis - einhalten.
- Wir senken die Neuverschuldung um 360 Mio. Euro und beschleunigen damit das Tempo auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt.
- Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung durch eine verlässliche Finanzierung unserer Kommunen, indem wir das Sonderopfer im Kommunalen Finanzausgleich rückgängig machen.
- Soziale Gerechtigkeit ist in einer Gesellschaft, die immer stärker in arm und reich auseinanderfällt ein Gebot der Stunde. Wir stehen für eine Politik, die für sozialen Ausgleich sorgt, den Zusammenhalt und das Zusammenwirken der Gesellschaft stärkt und die Träger der sozialen Infrastruktur und Initiativen stärkt.
- Gute Bildung ist Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Unser „Haus der Bildung“ zeigt wie Chancengleichheit, gute Bildung von Anfang an, individuelle Förderung und Ganztagschulen Schritt für Schritt verwirklicht werden können. Wir werden den Notstand an den hessischen Hochschulen beheben.

- Die Energiewende kann nur gelingen, wenn Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam an einer erfolgreichen Umsetzung arbeiten. Mit unseren Änderungsanträgen fördern wir gezielt Energieeffizienzmaßnahmen und Energieeinsparungen. Wir schaffen die Rahmenbedingungen zum Ausbau der dezentralen Erneuerbaren Energien.
- Mit unserem Infrastrukturprogramm schaffen wir Arbeit und die Voraussetzungen für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Dafür wollen wir insgesamt 24 Millionen € bereitstellen.
- Hessen ist immer ein liberales Land gewesen. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass öffentliche Sicherheit und Bürgergesellschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden können.
- Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Landes. In der Verbindung zwischen privatem und öffentlichem Engagement wollen wir mit dem Programm „HessenKunst“ auch Verantwortung übernehmen.

Wir verstehen uns als fairer Partner für unsere Kommunen, Schulen und Hochschulen und für alle, die für soziale und ökologische Nachhaltigkeit eintreten. Und wir sehen uns als Garant für ein freiheitliches und gerechtes Hessen. Dies bringen wir mit unseren Haushaltsanträgen zum Ausdruck:

Die hessischen Kommunen sind in einer katastrophalen Finanzlage, die durch den Entzug von 344 Millionen Euro durch die Landesregierung massiv verstärkt wurde. Die in der Hessischen Verfassung verankerte kommunale Selbstverwaltung ist nicht mehr gewahrt. Wir wollen deshalb die Kürzungen im Kommunalbereich zurücknehmen.

Mit einem Sozialbudget in Höhe von 30 Millionen Euro wollen wir das soziale Netz für Hessen neu knüpfen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt für alle verbessern. Soziale Infrastruktur steht allen zur Verfügung und dient allen und verbessert so den Zusammenhalt für alle. Nur eine kooperative Gesellschaft, die keinen und keine ausschließt, kann die anstehenden Herausforderungen meistern. Solidarität, soziale Gerechtigkeit, ein stabiles Gemeinwesen und die Sicherheit, in der Not aufgefangen zu werden und Hilfe zu erhalten, sind in der Krise nötiger denn je.

Die Zukunft unserer Kinder hängt wesentlich von guter Bildung ab. Dazu wollen wir insgesamt 86,5 Millionen Euro bereitstellen. Wir wollen damit das Fundament für unser „Haus der Bildung“ legen und stellen hierzu 36,5 Mio. Euro bereit. Für das Überlastprogramm für unsere Hochschulen, die derzeit einen deutlichen Anstieg der Zahl der Studienanfänger tragen müssen (Schulabgänger bisher und G8 sowie Wehrpflichtaussetzung) sind 50 Millionen Euro notwendig.

Die hessische SPD ist Vorreiter bei der Energiewende. Wir haben schon vor Jahren nachgewiesen, dass eine Energieversorgung ohne Atomstrom und deutlich reduzierten Klimakillern in Hessen möglich ist. Dazu bedarf es aber einer energischen Umsteuerung. Die Landesregierung ist dazu nicht willens. Mit unseren Anträgen in Höhe von 37 Millionen Euro wollen wir die Energiewende einleiten.

2. Nationale und internationale Rahmenbedingungen der Haushaltsdebatte in Hessen

Im „Beschluss über den Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an Morgen“ der deutschen Sozialdemokratie wurden die internationalen wie nationalen Rahmenbedingungen der öffentlichen Haushalte präzise beschrieben. Diese Rahmenbedingungen sind auch für den Landeshaushalt 2012 bestimmend.

Während sich die Bundesregierung von Krisensitzung zu Krisensitzung, von Gipfel zu Gipfel hangelt, an deren jeweiligem Ende stets Erklärungen und Maßnahmenpakete stehen, die hastig verabschiedet und parlamentarisch legitimiert werden, bewegen sich die globalen Finanzmärkte davon meist unbeeindruckt längst in einem eigenen Tempo, mit eigenen Vorgaben und ohne jede Rücksicht auf die Folgen für das Allgemeinwohl und die Demokratie. Diese Finanzmärkte sind seit der zurückliegenden globalen Krise völlig außer Kontrolle, auch weil die internationale Staatengemeinschaft zu einem entschiedenen gemeinsamen Handeln bisher nicht in der Lage ist. Tatsächlich sind zahlreiche Aktivitäten der Finanzmarktindustrie zu einer Bedrohung für die globale Gesellschaft und für die Demokratie geworden. Von dieser Entwicklung kann sich auch die Bundesrepublik Deutschland und damit auch Hessen nicht entkoppeln.

Für uns ist klar: Euro-Länder, die ihre öffentliche Verschuldung nicht mehr im Griff haben, müssen konsequente Konsolidierungsprogramme beschließen und durchsetzen, um so ihren Teil zur Lösung der Staatsverschuldungskrise zu leisten. Auch in Deutschland müssen die öffentlichen Haushalte so schnell wie möglich konsolidiert werden. Konsolidierung bedeutet für uns, durch ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Einnahmeverbesserung und Ausgabenprüfung für stabile Haushaltslagen zu sorgen. Die Politik hat allerdings auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass aus der Finanzkrise von 2008/2009 und der nachfolgenden Schuldenkrise seit 2010 keine länderübergreifende Wirtschafts- und Sozialkrise und damit eine politische Demokratiekrise in Europa werden.

Es ist falsch, dass Politik in der Globalisierung machtlos geworden ist. Sie muss nur bereit sein, ihre Macht und ihren gestalterischen Einfluss zu nutzen.

Die öffentliche Verschuldung nicht nur in Deutschland ist auch aufgrund der notwendigen Banken-Rettungspakete enorm angestiegen. Hatte Deutschland 2008 gesamtstaatlich noch einen ausgeglichenen Haushalt und eine Neuverschuldung des Bundes von lediglich 11,5 Mrd. Euro, betrug die Neuverschuldung 2009 allein beim Bund 34,1 Mrd. Euro!

Bei der Rückführung dieser Verschuldung müssen insbesondere auch die Verursacher der Krise ihren Beitrag leisten, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist daher dringend notwendig. Zudem müssen die starken Schultern in unserer Gesellschaft künftig stärker bei der Finanzierung der Aufgaben des Staates herangezogen werden, z.B. durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent. Ziel ist es, durch eine andere Besteuerung die bestehenden Einkommensverhältnisse zugunsten kleinerer und mittlerer Einkommen zu verändern.

Eine weitere wichtige Voraussetzung zur Rückführung der Neuverschuldung ist qualitatives Wachstum. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zu einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik: Wir wollen gezielt Investitionen fördern,

aktive Konjunkturpolitik betreiben und den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland ausbauen. Um dieses Wachstum zu erreichen muss daher auch die Binnennachfrage gesteigert werden. Hierfür ist die flächendeckende Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde im Sinne einer gerechteren Verteilung der gemeinsamen erwirtschafteten Erträge notwendig. Zudem kann mit einem solchen Mindestlohn Lohndumping wirksam verhindert werden, denn gezieltes und nachhaltiges Wachstum ist immer noch der beste Garant für solide Finanzen!

3. Die Situation der öffentlichen Infrastruktur

Schon lange wird in vielen Diskussionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft Klage geführt über den Zustand der öffentlichen Infrastruktur unseres Landes. Vor allem der Zustand des deutschen Bildungssystems, seine unbefriedigende Qualität im internationalen Maßstab, aber auch die schlechte personelle, bauliche und technische Ausstattung unserer Schulen und Hochschulen werden bemängelt. Ob PISA-Studie oder internationale Hochschulrankings – Hessen rangiert seit vielen Jahren nur im internationalen und nationalen Mittelfeld. Unser Bildungssystem ist trotz umfangreicher Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen nicht ausreichend finanziert. Voraussetzung für auch künftig hohe Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Stärke sind daher erhebliche finanzielle Anstrengungen für Bildung im kommenden Jahrzehnt. Mit mittelmäßigen Bildungsausgaben ist kein erstklassiges Bildungssystem zu finanzieren. Daher wollen wir für Bildung so viel Geld bereit stellen wie die Spitze der erfolgreichen Staaten.

Die Städte und Gemeinden in unserem Land stehen mittlerweile vielerorts an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Dies erleben die Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen: Nachdem fast alle Kommunen durch notwendig gewordene Haushaltssanierungsprogramme in den letzten eineinhalb Jahrzehnten ihre „freiwilligen Ausgaben“ zusammengestrichen haben, geht es bei vielen Kommunen an die Substanz: Sie haben häufig längst ihre kommunale Selbständigkeit verloren und schließen ihre kulturellen und sozialen Einrichtungen und Angebote. Die Herausforderungen des demographischen Wandels und der Integration von zugewanderten Neubürgerinnen und Neubürgern kann ein Großteil unserer Kommunen mangels ausreichender finanzieller Handlungsspielräume nicht angemessen bewältigen. Dies aber ist nötig, um die vitalen Integrationsfunktionen für die Menschen vor Ort erlebbar zu gewährleisten. Der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft darf keinen weiteren Schaden nehmen. Die soziale Gesellschaft beginnt aber in einer sozialen Stadt! Daher brauchen wir handlungsfähige, solide finanzierte Kommunen. Deutschland hat einen enormen Investitionsbedarf. Die öffentlichen und privaten Investitionsquoten sind unterdurchschnittlich, die Energiewende verlangt nach neuen Zukunftsinvestitionen. Hierfür müssen wir die notwendigen Mittel bereitstellen.

Zu diesen Entwicklungen beigetragen hat die stetige Schwächung der öffentlichen Einnahmehasis: Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote ist in Deutschland im Zeitraum von 1975 bis 2011 von 24 Prozent auf 21 Prozent gesunken. Das heißt: Selbst unter Berücksichtigung des zwischenzeitlichen Wachstums des BIP standen im Jahr 2009 nach Abzug der Zinsen und des Zuschusses zu den Sozialversicherungen 25 Prozent weniger Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur zur Verfügung als im Jahr 1990.

Aus diesem Grund müssen die Einnahmen erhöht und die Effizienz des Mitteleinsatzes verbessert werden. Dies ist die zweite Seite notwendiger Haushaltskonsolidierung und des

Auftrags der Landesverfassung, wenn sie von der Einnahme- und Ausgabenverantwortung spricht.

Die von der SPD vorgeschlagenen Mehreinnahmen führen zu einer Verbesserung des Landeshaushalts von etwa 900-950 Mio. Euro ab dem Jahr 2014. Damit werden wichtige Schritte gegangen, um die Grundlage für die notwendigen öffentlichen Investitionen in Arbeit, Bildung und Energie zu leisten. Die Einnahmen müssen sich wieder nach den Aufwendungen für die Erfüllung der gebotenen öffentlichen Aufgaben richten. Ohne eine Verbesserung der Einnahmehasis für die öffentlichen Haushalte wird die Zukunftsfähigkeit des Landes mutwillig verspielt.

Rahmendaten und Grundsätze

Vorbedingungen	Summe in Mio. €
Einhaltung der Verfassungsgrenze	- 360
Summe	- 360
Einnahmesteigerungen	
Steuernehreinnahmen allgemein (davon 10 Mio. Euro durch die Steuer-CD aus NRW)	160
Steuernehreinnahmen Umsatzsteuer	30
Kühlwasser/Wassercent	80
Rückzahlung Rhön-Klinikum aus Investitionsverpflichtung	107
Erhöhung Grunderwerbsteuer auf 5%	225
Summe	602
Ausgabenkürzungen	
Minderausgaben für Zinsen	100
Zukunftsfonds	80
European Business School	21
Sächliche Verwaltungsausgaben	65
Personalbesetzungssperre Ministerien (2,5%)	5
Personalbesetzungssperre allg. Verwaltung (2%) (Ohne Lehrer, Steuerverwaltung, Polizei, Justizvollzug, Richter, Ganztagschulen, Rechnungshof und Landtag)	26
Summe	297
Summe für politische Schwerpunktsetzung	539

Schwerpunkt/ Einzelplan	Vorhaben	Summe in Mio. €
Gute Arbeit & Gerechtigkeit		
EP 01	Umwandlung Leiharbeit in reguläre Beschäftigung (Pforte, Saalordner, Reinigung etc.)	0
EP 08	Sozialbudget (- Armut verhindern-Armut bekämpfen-Arbeit schaffen - Gesundheit erhalten, Pflege sichern, Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung - Familie und Jugend fördern - Frauen - Integration)	+ 30
	Familienkarte/Betreuungsgutscheine	- 1,1
Zwischensumme		+ 28,9
EP 07	Future Capital Elektromobilität	+ 1
	F&E Elektromobilität	+ 1
	F&E Energiewende	+ 2
	Förderung des Technologietransfers	+ 4
	Infrastruktur (Städteförderung, Landesstraßenbau, EFRE)	+ 24
	HessenGlobal	+ 0,1
Zwischensumme		+ 32,1
Summe		+ 61
Zukunftsfähigkeit Bildung		
EP 04	Schulvorbereitungsjahr	- 5
	Osterferriencamps	- 1
	Hansenberg	- 1,375
	Stärkung der frühen Bildung	+ 2,9
	Schulsozialarbeit	+ 2,1
	Individuelle Förderung in heterogenen Gruppen	+ 5
	Ganztagsschule	+ 10
	Inklusion (insgesamt 20 Mio., davon 16 Mio. durch Umschichtungen und 4 Mio. neue Mittel)	+ 4
	Einführung der Schuleingangsstufe	+ 9,6
	Weiterbildung (inklusive Innovationspool)	+ 1
	Selbständige Schule	+ 1,9
Zwischensumme		+ 29,125

EP 15	Soforthilfe „Hochschule“	+ 50
	Sonderprogramm „Marburg“	+ 5
	PR-Programm Loewe	- 0,5
Zwischensumme		+ 54,5
EP 02	Zentrum gegen Vertreibung	- 0,1
	Forschungsprojekt „Opfer DDR Regime“	- 0,03
	Politische Bildung allgemein	+ 0,07
Zwischensumme		- 0,06
Summe		+ 83,565
Energiewende		
EP 09	Energiewende	+ 37
	Verbraucherschutz/Tierschutz	+ 7,5
		- 7,5
Summe		+ 37
Liberales Hessen		
EP 03	Streichung Stellen HMdI	- 0,326
	Streichung Stellen RP Darmstadt	- 1,008
	Netzwerk gegen Gewalt	+ 0,136
	Polizeianwärter	0
EP 05	Opferentschädigung	+ 0,5
	Rücknahme Kürzung Staatsanwaltschaft	+ 0,3
	Vollzug	+ 1,5
EP 15	HessenKunst	+ 2,1
Summe		+ 3,202
Zukunft Kommune		
	Rücknahme des Mittelentzuges gegenüber den hessischen Kommunen (davon 20 Mio. für ÖPNV-Förderung)	+ 344
EP 07	Dorferneuerung	+ 1
EP 09	Trink- und Abwasserprogramm	+ 5
Summe		+ 350

	Summe in Mio. €
Gute Arbeit und Gerechtigkeit	61,000
Zukunftsfähigkeit Bildung	83,565
Energiewende	37,000
Liberales Hessen	3,202
Zukunft Kommune	350,000
Summe	534,767